

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 18/ November 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr meine Pressemitteilungen seit Juni sowie einen Antrag für die Sitzung des Bezirkstages im Dezember 2018. Ich wünsche euch viel Spaß und Information beim Lesen.

Weitere Informationen wie immer auf www.die-linke-bezirkstagpfalz.de.

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Antrag zur Sitzung des Bezirkstages Pfalz am 20. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Bezirkstagsvorsitzender Wieder,

15. November 2018

DIE LINKE im Bezirkstag der Pfalz bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Bezirkstagssitzung am 20. Dezember 2018 zu setzen.

Resolution gegen Kinderarbeit

Der Bezirkstag möge die folgende Resolution beschließen:

Keine Grabsteine aus Kinderhand in Rheinland-Pfalz

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten weltweit 152 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren. Davon müssen 72 Millionen Kinder extrem gefährliche Arbeitsleistungen in Steinbrüchen oder Plantagen erbringen, leisten Nacharbeit oder haben viel zu lange Arbeitszeiten. Etwa 10 Millionen Kinder verrichten Sklavenarbeit unter Zwang in Haushalten, der Landwirtschaft oder werden sexuell ausgebeutet. 19 Millionen Kinderarbeiter sind jünger als 11 Jahre.

In Rheinland-Pfalz stellen unter anderem Grabsteine aus Kinderarbeit ein Problem dar. Etwa 90 Prozent der für die Produktion notwendigen Natursteine werden importiert. Viele Natursteine kommen aus Indien und anderen Ländern, in denen nachweislich Kinder für den Abbau von Natursteinen eingesetzt werden. Diese Kinder müssen täglich physische und psychische Qualen erleiden.

Der Bezirkstag Pfalz fordert: Keine Grabsteine aus Kinderhand in Rheinland-Pfalz!

In Rheinland-Pfalz verhindert ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz aus dem Jahr 2008 den Erlass kommunaler Satzungen, die das Aufstellen von Grabmalen aus Kinderarbeit untersagen. Die Landesregierung prüft derzeit ein Landesgesetz zur Ermächtigung der Kommunen, auf Friedhöfen das Aufstellen von Grabsteinen aus Kinderarbeit zu verbieten.

Der Bezirkstag Pfalz unterstützt dieses Anliegen und fordert die Landesregierung auf, zügig ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Nachdem viele Kommunen schon vor mehr als 10 Jahren im Rahmen ihrer Satzungshoheit einen Beitrag zur Ächtung der Kinderarbeit leisten wollten, sollte nun keine weitere Zeit unnötig verstreichen. Beispiele einer Landesgesetzgebung für dieses wichtige Anliegen liegen vor.

Für DIE LINKE im Bezirkstag der Pfalz:

.....
Brigitte Freihold

Pressemitteilungen

Pressemitteilung 4. Juli 2018

100 Jahre Frauenwahlrecht gehört zur demokratischen Tradition des Bezirksverbandes

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts sollte gebührend gefeiert werden

Am 30. November 1918 trat in Deutschland mit dem Reichswahlgesetz das allgemeine aktive und passive Wahlrecht für Frauen in Kraft. Zum ersten Mal wählten duften Frauen bei den Reichstagswahlen im Januar 1919. Vorausgegangen war ein langer Kampf selbstbewusster Frauen, die sich nicht länger dem Diktat einer von Männern beherrschten Politik beugen wollten. Allen voran die Sozialistin Clara Zetkin, der Initiatorin des Internationalen Frauentages und späteren Reichstagsabgeordneten der KPD.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Der Bezirksverband Pfalz verortet sich zu Recht in der demokratischen Tradition des Hambacher Festes von 1832 und hat aus diesem Grund auch das Hambacher Schloss als symbolträchtigen Ort für die Sitzungen des Bezirkstages gewählt. Die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts vor 100 Jahren war der wichtigste Meilenstein zur politischen Gleichberechtigung der Frau und in der schwierigen Entwicklung Deutschlands zum demokratischen Rechtsstaat von heute. Deshalb gehört die Einführung des allgemeinen Frauenrechts auch in die demokratische Tradition des Bezirksverbandes der Pfalz und das 100-jährige Jubiläum sollte deshalb im Herbst 2018 gebührend gefeiert werden. DIE LINKE im Bezirkstag der Pfalz möchte deshalb eine entsprechende Feierstunde auf dem Hambacher Schloss anregen. Gerade in Hinblick darauf, dass die Bedeutung dieses Ortes als einer der Ursprünge der deutschen Demokratie heutzutage von Antidemokraten beschädigt und politisch missbraucht wird. Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben ihren Ausdruck auch immer schon in einer anti-emanzipatorischen Grundhaltung gefunden, die Frauen zum Lustobjekt und Untertan des Mannes degradiert. Eine Feierstunde des Bezirkstages zur Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren würde die demokratische Tradition des Bezirksverbandes stärken und gleichzeitig ein deutliches Signal gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und den drohenden Rückfall in die voremanzipatorische Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern setzen.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Ächtung von Kinderarbeit ist längst überfällig

DIE LINKE im Bezirkstag: Täglich sterben Kinder bei Sklavenarbeit – Resolution des Bezirkstages gegen Kinderarbeit geplant

Nach Presseberichten von heute prüft die Landesregierung ein Verbot von Grabmalen aus Kinderarbeit auf rheinlandpfälzischen Friedhöfen. In Natursteinwerken Indiens und anderer Länder schufteten Kinder unter unmenschlichsten Bedingungen und kommen zu Tode. Die Sklavenarbeit von Kindern ist seit Jahrzehnten bekannt und nicht nur ein Skandal erster Güte, sondern Ausdruck gewissenloser Gleichgültigkeit in den westlichen Industrienationen. Profiteure sind nicht nur Konzerne, sondern vor allem auch die deutschen Verbraucher.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Weltweit werden 250 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 Jahren als Arbeitssklaven gehalten, erleiden schwerste physische und psychische Verletzungen oder kommen für die Profitinteressen ihrer Ausbeuter zu Tode. Bereits 1999 wurde von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO die Konvention 182 zum Verbot von Kinderarbeit verabschiedet, für deren Umsetzung sich auch Deutschland verpflichtet hat und zwar weltweit. In dieser Konvention ist im Range eines Menschenrechts geregelt, dass die gesamte Wertschöpfungskette von der Herstellung bis zur Verwendung von Produkten nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit erfolgen muss. Gerade die Natursteinwerke Indiens und die gewissenlose Verwendung ihrer Produkte auf rheinlandpfälzischen Friedhöfen stehen seit vielen Jahren im Fokus. Die Umsetzung der ILO Konvention 182 wird hierzulande durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Koblenz seit dem Jahr 2008 blockiert. Wäre es nicht blanker Zynismus, könnte man sich darüber freuen, dass dies die Landesregierung inzwischen auch gemerkt hat und nun per Gesetz den Kommunen erlauben will, durch Friedhofssatzungen das Aufstellen von Grabmalen aus Kinderarbeit zu verbieten. Zu befürchten ist allerdings, dass dieser Vorstoß wie viele vorangegangene im Sand verlaufen wird, sobald das Thema aus den Medien verschwunden ist. Schon 2010 hat die rheinlandpfälzische Staatskanzlei großspurig verlautbart, man werde dafür sorgen, dass keine Produkte mehr in den Handel gelangen, die mit Kinderarbeit hergestellt wurden. Es blieb bei der Ankündigung, durch einen Entschließungsantrag im Bundesrat ein Importverbot durchzusetzen.

Dabei geht es beileibe nicht nur um Grabsteine. Kinder schufteten bei der Kakaoernte als unbezahlte „familiäre Erntehelfer“, damit deutsche Schokoladenhersteller immer billiger produzieren können, werden als Stofffärber von der Textilindustrie in Bangladesch oder Kloakenreiniger in chinesischen Großstädten missbraucht. Dazu kommen Kinderprostituierte, Einsatz von Kindersoldaten und werden Kinder auf offener Straße als Organspender ausgeschlachtet.

DIE LINKE im Bezirkstag will dazu beitragen, dass das Thema Grabsteine aus Kinderarbeit und andere Skandale nicht erneut in der Versenkung verschwinden und dazu einen entsprechenden Resolutionsentwurf vorlegen. Nutznießer von Kinderarbeit sind ausnahmslos alle, die Produkte aus Kinderarbeit kaufen oder

verkaufen. Deshalb sind alle staatlichen Ebenen und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger selbst aufgefordert, die Verantwortung zu übernehmen, dass Produkte aus Kinderarbeit geächtet werden und per Gesetz vom Markt verschwinden. Jetzt und sofort.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz